

Fraktion: 1. Gesamtheit der Abgeordneten einer Partei oder Massenorganisation in Vertretungskörperschaften. Die F. der revolutionären Arbeiterpartei im Parlament tritt einheitlich auf; sie unterliegt der Rechenschaftspflicht gegenüber der Parteiführung und der Parteimitgliedschaft. Bestrebungen zur Verselbständigung der Parlaments-F. sind Begleiterscheinungen des Opportunismus und werden von den marxistisch-leninistischen Parteien bekämpft. 2. Gruppierung innerhalb einer Partei mit einer besonderen politisch-ideologischen Plattform, die sich gegen die beschlossene Politik der Partei richtet. F.sbildung widerspricht dem Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei, sie untergräbt deren Einheit und Geschlossenheit und ist mit der Zugehörigkeit zu ihr daher unvereinbar.

Frauenausschuß: von den Frauen eines Betriebes gewähltes demokratisches Organ zur Vertretung ihrer Interessen. F. wurden auf Empfehlung des Politbüros des ZK der SED vom 8. 1. 1952 gebildet. Sie bestehen bei den BGL bzw. bei den Vorständen der LPG und haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle bei diesen Leitungen bestehenden Kommissionen. Die F. nehmen über die BGL bzw. den Vorstand der LPG aktiv Einfluß auf die Förderung und Entwicklung der Frauen, ihre berufliche und politische Qualifizierung sowie auf die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie tragen dazu bei, das Selbstbewußtsein der berufstätigen Frauen zu stärken und rückständige Auffassungen über die Rolle der Frau im Sozialismus zu überwinden. 1966 gab es in den Betrieben der DDR 13 500 F., in denen 96 000 Frauen

und Mädchen tätig waren. Die Mitarbeit im F. ist unabhängig von der Zugehörigkeit zu politischen Organisationen.

Freie Demokratische Partei (FDP): westdeutsche Partei, deren Politik von führenden Gruppen der Monopolbourgeoisiebestimmt wird. Gegründet am 11./12. 12. 1948 durch Zusammenschluß der nach 1945 entstandenen liberalen Parteien der drei Westzonen und der Berliner Westsektoren auf dem sog. Gesamt-Vertretertag in Heppenheim (Bergstraße). Ihre Anhänger gehören zur Monopolbourgeoisie, zur nichtmonopolistischen Bourgeoisie und nur z. T. zum Kleinbürgertum; Mitgliederzahl: 96 500 (1966). Ziel seit ihrem Bestehen ist die Restauration und Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Als Koalitionspartner der CDU/CSU (1949-56) ist sie mitverantwortlich für die Spaltung Deutschlands, die Restauration der Macht der Monopole, die Remilitarisierung und den Eintritt Westdeutschlands in die NATO. Nach dem Austritt aus der Regierungskoalition (1956) - Anlaß waren Wahlrechtsmanipulationen der CDU zuungunsten der FDP, tiefere Ursachen politische Differenzen innerhalb der Bourgeoisie - bestand die Parteipolitik aus einem Gemisch von aggressiven Zielstellungen und Ansätzen zu einer realistischeren politischen Position (1959 Deutschlandplan der FDP). Unter dem Druck der stärksten Monopole erfolgte 1960/61 ein Kurswechsel, der erneut zur Koalition mit der CDU führte, die im Zusammenhang mit der Regierungskrise im Dez. 1966 auseinanderbrach. Die FDP unterstützte die CDU bei der Notstandsgesetzgebung und dem Streben nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr. Die FDP